

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Individual-
besteuerung
unterschreiben!

Fraktionspräsident Damien Cottier

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier präsidiert seit Februar die FDP-Liberale Fraktion. Im Interview spricht er über seine Rolle als «Coach», die freisinnige Diskussionskultur und weshalb es wichtig ist, dass FDP-Parlamentarier in ihren Kantonen Präsenz zeigen. **Seiten 10 und 11**

Rückblick auf kantonale Wahlen

Im März und im April fanden in Obwalden, Nidwalden, Bern und Waadt kantonale Wahlen statt. Die FDP konnte verschiedene Erfolge feiern und den Aufwärtstrend bestätigen. Parteipräsident Thierry Burkart spricht im Interview über die Bedeutung freisinniger Erfolge in den Kantonen und wie dieser Schwung für die eidgenössischen Wahlen 2023 mitgenommen werden kann. **Seiten 12 und 13**

Ja zur AHV 21

Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz und hat dringenden Sanierungsbedarf. Im September stimmt die Schweiz über die AHV-21-Reform ab und Nationalrat Andri Silberschmidt zeigt in seinem Beitrag auf, wie notwendig diese Reform ist, damit auch künftige Generationen sichere Renten haben. **Seite 14**

Europapapier der FDP

Die FDP nimmt ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf einer Erweiterung des Verhandlungspakets und wird abschliessend an der DV im Juni verabschiedet. **Seite 22**

Gestärkt in die Wahlen 2023

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Die Wahlsonntage vom 13. Februar und 27. März gehören der Vergangenheit an, deren Resultate sind aber wegweisend für die Wahlen 2023. Mit vereinten Kräften haben wir es möglich gemacht, dass die FDP bei den kommunalen Wahlen gut abgeschnitten hat. In den meisten Versammlungsgemeinden konnte die FDP ihre Sitze in den Exekutivgemeinderäten halten oder gar weitere Sitze dazugewinnen. Als Wirtschafts- und Bildungspartei ist die FDP traditionellerweise auch in der RPK und in der Schulpflege gut vertreten. Auch dies wurde in vielen Gemeinden bestätigt. Auch in den Parlamentsgemeinden konnte die FDP ihre sehr guten Ergebnisse von 2018 übertreffen. Der Wähleranteil konnte insgesamt gesteigert werden, und in Dübendorf, Wetzikon, Winterthur und Zürich konnten wir im Parlament je um einen Sitz zulegen.

Diese Ergebnisse sind umso erfreulicher, als zwar die beiden grünen Parteien weiterhin zulegen, aber nicht auf Kosten der FDP. Die FDP hat sich auch in der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik als die liberale Kraft etabliert. Die Bevölkerung attestiert uns einmal mehr eine lösungsorientierte Politik, wie sie insbesondere in der Exekutive verlangt wird. Mit diesen Resultaten können wir gestärkt in die kantonalen und die nationalen Wahlen 2023 starten.



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Ich danke allen engagierten FDP-Mitgliedern in den Orts- und Bezirksparteien ganz herzlich für ihren grossen Einsatz bei diesen Gemeindewahlen und wünsche den Gewählten eine erfolgreiche Umsetzung der freisinnigen Ziele in den kommenden vier Jahren.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Fraktionspräsident Damien Cottier im Interview
- 12 Interview mit Parteipräsident Thierry Burkart
- 13 Rückblick auf vier kantonale Wahlen
- 14 Die Lage der AHV spitzt sich zu
- 15 Ja zu Frontex-Schengen für den Tourismus
- 16 Rückblick auf die Frühlingsession
- 17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Frontex-Referendum gefährdet Sicherheit in der Schweiz
- 19 Filmgesetz beschneidet Wahlfreiheit des Publikums
- 20 Ja zum Transplantationsgesetz
- 21 Gastbeitrag von Bachelor-Mentee Sebastian Binggeli
- 22 Neues Europapapier der FDP
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!



Ein Angriff auf unsere Werte

Schweizer Sicherheitspolitik neu denken

Liebe Freisinnige

Seit zwei Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, machen mich betroffen. Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende und wirkt sich auch auf die Schweizer Sicherheitspolitik aus.

NATO bleibt massgebend

Die aktuelle machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Eine vollständig autonome Verteidigung kann heute weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht gewährleistet werden. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den NATO-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende «Partnership for Peace» hinausgehende Kooperation anstrebt. Dazu sind in erster Linie die NATO-Programme «Partnership Interoperability Initiative» und «Enhanced Opportunities Partner» zu prüfen. Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die NATO massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss vorgängig die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit Blick auf aktuelle sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit dem F-35.

Ja zu Frontex-Schengen

Auch die Abkommen Schengen/Dublin sind wichtige Pfeiler der europäischen Sicherheit. Ein

Abseitsstehen der Schweiz würde die Schweiz zu einem Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge machen und ausserdem gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Deshalb braucht es am 15. Mai ein Ja zu Frontex-Schengen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat.

Deshalb nimmt die FDP auch ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines Grundlagenpapiers zur Europapolitik auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von Parteivorstand, Fraktion und der Parteipräsidentenkonferenz verabschiedet. Abschliessend befinden die Delegierten darüber. Ich freue mich darauf, viele Delegierte an der DV am 25. Juni in Andermatt begrüssen zu dürfen.

Bei den jüngsten Wahlen schnitt die FDP mit ermutigenden Resultaten ab. In der Waadt holten wir uns drei der fünf Regierungssitze. Auch im Parlament legte die FDP einen Sitz zu, wir halten jetzt 50 der 150 Sitze! In Obwalden legte die FDP drei Sitze zu, in Nidwalden bleiben wir deutlich stärkste Partei. Bereits im November durften wir zwei Sitzgewinne im Kanton Freiburg zur Kenntnis nehmen. Nachdem wir in den kantonalen Wahlen zuvor stets Verluste einfahren mussten, können wir feststellen: Der Turnaround ist geschafft. Es geht wieder aufwärts! Diese Erfolge spornen uns an! Zusammen mit Ihnen, liebe Freisinnige, wollen wir das liberale Feuer weiter in alle Ecken des Landes tragen.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Wahlen und Abstimmungen vom 15. Mai

In den Versammlungsgemeinden des Bezirks Meilen finden am 15. Mai die kommunalen Wahlen statt. In einigen Gemeinden müssen FDP-Politiker/-innen für die Wahlen ins Präsidium in einen zweiten Wahlgang. Auch hier gilt es, gemeinsam noch einmal jede Stimme zu mobilisieren. Nebst nationalen Vorlagen stimmen wir am 15. Mai auch über vier kantonale Vorlagen ab. Unsere Parolen und unsere Beiträge dazu in dieser Ausgabe!

ÖV-Initiative

Die FDP hat an der DV vom 30. November 2021 die Lancierung einer Initiative zur Absicherung

des ÖV-Angebots im Kanton Zürich beschlossen. Dieses ist durch die Einführung von flächendeckendem Tempo 30 gefährdet. Die Initiative wurde in enger Abstimmung zwischen Wirtschaftsverbänden und den bürgerlichen Parteien ausgearbeitet, und die FDP hat in der Umsetzung den «Lead» übernommen. Im Mai werden wir die Initiative lancieren (mehr dazu auf Seite 5).

Der Ukraine-Krieg und unsere Sicherheitspolitik

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges hat innert kürzester Zeit unsere Lebensrealität verändert und eine humanitäre Notsituation ausgelöst. Das Thema «Sicherheitspolitik» und die Aufstockung der finanziellen Mittel für unsere Landesverteidigung sind zu Recht wieder ganz oben auf der politischen

Agenda angekommen. Auf www.daran-arbeiten-wir.ch finden Sie eine Sammlung von Links, wie Sie Flüchtlinge aus der Ukraine unterstützen können.

Liberale Grüsse,
Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich



www.daran-arbeiten-wir.ch

FDP Winterthur

Positive Wahlbilanz für FDP Winterthur

Die FDP Winterthur ist erfreut über ihren Stimmenzuwachs von 1,21 Prozent in den Parlamentswahlen. Sie kommt neu auf 9 Sitze. Ebenfalls erfreut ist die FDP über die Wahl von Anna Graf und Markus Fischer in die Schulpflege. Stefan Fritschi erzielt in den Stadtratswahlen das zweitbeste Resultat. Ein Wermutstropfen ist die Nichtwahl von Romana Heuberger, die zwar mit dem Erreichen des absoluten Mehrs in den Stadtrat gewählt worden ist, aber als überzählig ausscheidet.

Mustergültiger Wahlkampf von Romana Heuberger

Romana Heuberger hat den Stadtratswahlkampf zusammen mit Stefan Fritschi nicht nur intensiv, thematisch vielseitig und professionell, sondern auch sehr kreativ geführt. Eine neue Wahlkampfqualität hat sie mit dem Dialograum erreicht. Im Herzen der Winterthurer Altstadt war er nicht nur ein Ort für verschiedene thematische und überparteiliche Ver-

anstaltungen. Für Romana Heuberger als Ideegeberin und Umsetzerin war er auch der Ort für persönliche Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern. In keinem Winterthurer Wahlkampf der vergangenen drei Jahrzehnte ist eine solche Idee umgesetzt worden. Einziger Wermutstropfen bleibt, dass unsere Stadtratskandidatin trotz Erreichen des absoluten Mehrs als überzählig ausscheidet.

Ausbau der Position im Stadtparlament

Nach 2018 legt die FDP 2022 erneut um 1,21 Prozent zu und kommt auf 9 Sitze. Alle Bisherigen wurden wiedergewählt. Neu ins Stadtparlament ziehen Raphael Tobler und Gioia Porlezza ein. Mit den beiden Neugewählten wächst die jungfreisinnige Vertretung auf vier Mitglieder. Dieser Zuwachs ist das verdiente Resultat von über einem Jahrzehnt Grundlagenarbeit der Jungfreisinnigen Winterthur, die einen starken Mitgliederzuwachs verzeichneten.

Anna Graf und Markus Fischer in der Schulpflege

Einen ebenso engagierten Wahlkampf haben Anna Graf und Markus Fischer für die Schulpflege



Dieter Kläy

geführt. Mit ihrem grossen Erfahrungsschatz und ihrem tiefen Wissen in Schulfragen vermochten beide weit über die Parteigrenzen hinaus zu überzeugen.

Überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten in allen Chargen und ein von Herzen geführter, engagierter Wahlkampf sind die Gründe für den Erfolg. Ein herzlicher Dank geht nicht nur an die Kandidierenden, sondern auch an die Koalitionspartner Die Mitte und SVP.

Dieter Kläy, Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur

AGENDA

12. Mai 2022, 19.30 Uhr: Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?
Hotel Widder, Rennweg 7, 8001 Zürich

9. Juni 2022, 19.30 Uhr: OPBP-Konferenz
Blue Monkey, Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

21. Juni 2022, 19 Uhr: ordentliche Delegiertenversammlung*

2. Juli 2022, 20 Uhr: Mitglieder-Event*

30. August 2022, 19 Uhr: ausserordentliche Delegiertenversammlung*

3. September 2022, 12 Uhr: OPBP-Grillanlass*

8. September 2022, 19 Uhr: digitale OPBP-Konferenz

* Durchführungsort wird noch bekannt gegeben.
Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Webseite.

FDP Stadt Zürich

Wann kippt Zürich?

Diese Frage kann auf zwei Arten verstanden werden: Wann hat die rot-grüne Mehrheit so überbordert, dass Zürich eingeht? Oder wann kann die rot-grüne Vormacht gebrochen werden?

Die Frage beantworte ich nur ungern. Ich will mir für Zürich nichts Schlechtes vorstellen. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass es Zürich schlecht geht. Auch wäre Rot-Grün nicht allein schuld. Bund und Kanton geben eine liberale und wirtschaftsfreundliche Grundordnung vor, und die Dynamik der Wirtschaft sowie die Schaffenskraft der Einzelnen und des Ganzen sind stark. Selbst einer rot-grünen Vormacht ist es da unmöglich, den Motor Zürichs abzuwürgen. Die grösste Gefahr besteht darin, dass Bund und Kanton die Grundordnung vergessen und im Glauben, jedes Problem verdiene eine Lösung, mit Gesetzen und Verordnungen Dynamik und Schaffenskraft zukleistern. Doch das geschieht nicht nur zu Ungunsten Zürichs, sondern zu Ungunsten der ganzen Schweiz.

Die zweite Art der Frage reizt mich da schon mehr. Zürich war nicht immer links. Von 1949 bis 1990 hiessen die Stadtpräsidenten Landolt (FDP), Widmer (LdU) und Wagner (FDP). Die FDP war bis 1998 im Gemeinderat stets stärkste bürgerliche Kraft. Nur 1942 lag der LdU kurz vorne. Von 1998 saugte die SVP den ganzen rechten Rand auf und verdrängte uns von der Spitze. Starke Persönlichkeiten, wie Kathrin Martelli, Martin Vollenwyder und Andres Türler, waren nötig, um zu bestehen.

Als ich vor sechs Jahren das Präsidium antrat, war es unser Ziel, stärkste bürgerliche Kraft zu werden und die Voraussetzungen zu schaffen, dass Zürich auf unsere Seite kippt. Anders als Rot-Grün dachten wir Zürich als eine gegenüber dem Umland offene Stadt. Eine Stadt, die Engagement und Ideen der Privaten zulässt und ermöglicht, anstatt alles durch Staat und Verwaltung substituieren zu wollen. Wir politisierten nahe an den Wählerinnen und Wählern: stabile Infrastruktur, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Balance im Verkehr und zurück-



Severin Pflüger

haltende Fiskalpolitik. Aber vor allem kommunizierten wir schneller, prägnanter und – wie es eben unsere Art ist – auch detaillierter und genauer. Das machte uns interessant für Medien und Wählende.

So ist es uns geglückt. Wir sind wieder klar stärkste bürgerliche Partei, und die nächsten Wahlen werden zeigen, ob wir die Voraussetzungen für ein Kippen der Stadt geschaffen haben.

Severin Pflüger, Präsident FDP Stadt Zürich

Tourismuszonen

Gleich lange Spiesse für Städte wie für Ferienorte

Der Tourismus wird in der Schweiz fast ausschliesslich mit Bergen, Wandern und Skifahren in Verbindung gebracht. Dass unser Kanton mit 6,5 Millionen Logiernächten vor Corona die grösste Tourismusdestination der Schweiz war, ist kaum bekannt. Aber auch Genf, Basel oder Luzern weisen weitaus mehr Logiernächte aus als die «klassischen» Schweizer Ferienorte wie St. Moritz, Interlaken oder Zermatt.

Trotzdem können die meisten urbanen Kantone nicht von den gleichen Rahmenbedingungen profitieren. Während man in Tourismusorten in den Bergen am Sonntag seine Skiausrüstung kaufen kann, steht man in Zürich fast überall vor verschlossenen Türen. Der Grund: Die Verordnung zum Arbeitsgesetz des Bundes sieht für touristische Gebiete mit hohen saisonalen Schwankungen Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot vor. Der Städtetourismus ist davon grossmehrheitlich ausgeschlossen. Diese Ungleichheit ist stossend.

Zusammen mit den Volkswirtschaftsdirektoren des Kantons Tessin und des Kantons Luzern fordere

ich den Bundesrat auf, diesen alten Zopf endlich abzuschneiden und die Kantone selber bestimmen zu lassen, ob und wo sie Tourismuszonen festlegen wollen. Mit einer Anpassung der besagten Verordnung soll der Bundesrat für alle Kantone gleich lange Spiesse schaffen – und damit ermöglichen, dass der von der Corona-Krise arg gebeutelte Städtetourismus dank besseren Rahmenbedingungen nachhaltig gestärkt werden kann.

Es ist damit zu rechnen, dass bei den Geschäftsreisenden, die vor Corona bis zu 70 Prozent zum Städtetourismus beigetragen haben, kaum mehr das Vorkrisenniveau erreicht werden kann. Die Schweizer Städte tun deshalb gut daran, verstärkt auf Freizeit- und Kulturreisende zu setzen. Um insbesondere unsere wunderbaren Städte Zürich und Winterthur für Gäste aus dem In- und Ausland noch attraktiver zu machen, kommt es auf die optimale Mischung aus Gastronomieangeboten, Theater, Kinos, Einkaufen und Verweilmöglichkeiten in den Innenstädten oder in Parks an. Tourismuszonen sind hierbei eine zeitgemässe und massvolle Lösung. Sie machen die Innenstädte lebendiger und attraktiver –



Carmen Walker Späh

für Gäste, aber auch für die lokale Bevölkerung. Und sie helfen dem Detailhandel im Kampf gegen die immer mächtigere Online-Konkurrenz. Dies schafft nicht zuletzt auch lokale Arbeitsplätze.

Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin

Zürich kann mehr

Zürich kann mehr. Den Zürcher Unternehmen fehlen bald Zehntausende von Fachkräften. Die OECD-Mindeststeuerbesteuerung verschärft den interkantonalen Standortwettbewerb. Die digitale Revolution ist in vollem Gange, und der Klimawandel verlangt eine Eindämmung des CO₂-Ausstosses. Unter Federführung der FDP-Regierungsräte muss die Kantonsregierung liberale Lösungen für all dies finden.

Der Bürokratiedschungel bremst die Innovationskraft unseres Kantons merklich. Der über-grosse Verwaltungsapparat ist zu verschlanken, der Staat konsequent zu digitalisieren. Ich kämpfe dafür, das überbordende Stellenwachstum im öffentlichen Sektor zu stoppen. Und es muss ein Schlussstrich unter die schleichende Vervorschriftung unseres individuellen und wirtschaftlichen Lebens gezogen werden.

Zürich kann aber auch weniger – nämlich weniger Steuern einziehen. Bei den Gewinnsteuersätzen machen es 24 Kantone besser als Zürich. Einnahmeüberschüsse von jährlich einer halben Milliarde Franken gehören der Zürcher Bevölkerung und nicht der Staatskasse. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Steuersenkungspotenzial von mindestens 7 Prozent realisiert wird.

Apropos Steuern: Der Fachkräftemangel und die Gleichstellung verlangen nach Einführung der

Individualbesteuerung, um den Arbeitsmarkt zu stärken. Es darf nicht sein, dass Zweitverdienende, also meistens Frauen, durch das Steuersystem diskriminiert werden. Es soll sich für unsere gut ausgebildeten Frauen auszahlen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

Moderne Arbeitswelten mit flexiblen Arbeitszeiten können nicht mit einem starren Arbeitsgesetz aus dem Industriezeitalter reguliert werden. Ich will das Arbeitsgesetz reformieren und so an die etablierte Wirklichkeit von demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen.

Damit die Exportwirtschaft im EU-Binnenmarkt wieder gleich lange Spiesse hat, werde ich zusammen mit Carmen Walker Späh das Einvernehmen mit den Regionen in den Nachbarländern suchen. Zürich kann mit der sogenannten kleinen Aussenpolitik der Kantone vorangehen.

Schliesslich will ich als Regierungsrat den Klimawandel wirkungsvoll bekämpfen: Eine liberale Klimapolitik ist effektiv, effizient und technologie-neutral. Anreize über Preismechanismen wirken immer besser als staatliche Verbote.

Zürich soll wieder zur Lokomotive werden. Zürich ist stark – aber es kann mehr.

Peter Grünenfelder, FDP-Regierungsratskandidat



Peter Grünenfelder

ÖV-Initiative

Damit in Zürich niemand stehen bleibt!

Die von der Delegiertenversammlung im November 2021 beschlossene und in enger Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien erarbeitete ÖV-Initiative ist auf Kurs. Die breite Abstützung zeigt sich auch entsprechend im Initiativkomitee, welches von Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP, geführt wird. Mit Gründung des Komitees wurde ein weiterer, wichtiger Schritt in Angriff genommen, und die Einreichung und Prüfung des Unterschriftenbogens an die Direktion für Justiz und Inneres des Kantons Zürich ist erfolgt. Zudem haben wir mit dem Logo, welches die zentrale Stellung des ÖV repräsentiert, einen Wiedererkennungswert geschaffen, der auf allen Unterlagen zu finden sein wird.

Damit die Lancierung der Unterschriftensammlung gelingt, benötigt es nicht nur Unterschriftenbögen, sondern es wird auch eine Medienkonferenz organisiert, die Orts- und Bezirksparteien werden mit genügend Bögen versorgt und Flyer zur Verfügung gestellt. Wir wollen, dass in Zürich niemand stehen bleibt, und gemeinsam schaffen wir das. Die Sammelfrist für die 6000 Unterschriften beginnt voraussichtlich Ende Mai.

Wer sich neben der Sammlung engagieren will, kann zu gegebenem Zeitpunkt dem Komitee beitreten und Testimonials für alle gängigen Social-Media-Kanäle erstellen. Wir halten Sie auf dem Laufenden, was alles rund um die ÖV-Initiative im



Kanton Zürich läuft, wie Sie diese unterstützen können und wann und wo ab Juni grosse Sammelaktionen geplant sind.

Geschäftsstelle FDP Kanton Zürich

Kantonale Abstimmung

Ja zur Elternzeit – aber Nein zu dieser Initiative

Mit ihrer kantonalen Volksinitiative «Für eine Elternzeit» fordert die SP die Einführung eines Urlaubs für Mütter und Väter. Die FDP setzt sich schon lange für diese Idee ein, empfiehlt aber dennoch überzeugt die Nein-Parole.

Am 15. Mai stimmen wir im Kanton Zürich über eine Elternzeit-Initiative der SP ab. Die FDP-Fraktion lehnte diese überzeugt ab – zusammen mit der Regierung und der klaren Kantonsratsmehrheit (108 Nein zu 56 Ja). Zweimal 18 Wochen Urlaub für im Kanton Zürich wohnhafte Eltern und zweimal 14 Wochen für ausserkantonale Eltern, finanziert durch EO-Beiträge, wären übertrieben. Die Volksinitiative würde durch den Neuerlass eines Gesetzes über die Elternzeit umgesetzt, welches präzisiert, dass die Eltern maximal vier Wochen gemeinsamen Urlaub beziehen dürften und der Anspruch am 126. resp. 238. Tag nach der Geburt oder der Adoption endet. Die Gegenargumente sind vielfältig. Allen voran, dass die ohnehin schon stark unter Druck gekommenen Unternehmen keine noch höhere finanzielle Last tragen können.

Zudem würde der Kanton Zürich besonders geschwächt, denn die Initiative fordert eine Insellösung. Flexible Arbeitsmodelle und höhere Mobilität führen aber dazu, dass die Deutschschweiz heute ein Arbeitsmarkt ist. Entsprechend muss das Anliegen auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Dieser Ansicht war im Kantonsrat auch die GLP, weshalb sie einen Gegenvorschlag Der Mitte zusammen mit FDP und SVP ablehnte. Eintreten auf einen Minderheitenantrag, der zweimal 14 Wochen Urlaub vorgesehen hätte, wurde mit 82 Nein zu 81 Ja abgelehnt.

16 Wochen für Mutter und Vater zusammen

Das Nein zu dieser übertriebenen Initiative ist aber kein Nein zur Elternzeit. Zumal die hauchdünne Ablehnung des Gegenvorschlags zeigt, dass die Zeit reif wäre für diese Idee. Die FDP setzt sich dafür ein, denn Mütter und Väter wollen sich um die Familie kümmern und zugleich im Beruf weiterkommen. Zudem ist ein Elternurlaub ein Rezept gegen den Fachkräftemangel. Das freisinnige Modell sieht eine flexible Elternzeit vor, welches mit der Motion 19.3738



Carola Etter-Gick

«Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub» konkretisiert wurde. 8 Wochen fallen in den arbeitsrechtlichen Mutterschutz, die restlichen 8 Wochen sollen sich die Eltern frei aufteilen können – ohne staatliche Regulierung.

Diese Motion fand schliesslich keine Mehrheit, aber wir bleiben dran. Auch bezüglich weiterer Anliegen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beispielsweise die steuerliche Abzugsfähigkeit der Drittbetreuungskosten oder die Einführung der Individualbesteuerung.

Carola Etter-Gick, Kantonsrätin

Kantonale Abstimmung

Bedeutung eines Klimaschutz-Artikels in der kantonalen Verfassung

Am 15. Mai 2022 stimmen wir über einen neuen Artikel in der Zürcher Verfassung ab. Es geht um den Klimaschutz-Artikel, der den Schutz des Klimas als Aufgabe von Staat und Gemeinden auf der höchsten Ebene, in unserer Verfassung, verankert und den Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe macht. Die FDP steht hinter diesem Ansinnen.

Eher allgemein ist der Schutz unserer Umwelt bereits in der Verfassung, im sog. «Schwesternartikel» zum Umweltschutz (Artikel 102), geregelt: Mensch und Umwelt seien vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen zu schützen. Der neue Verfassungsartikel schliesst daran an. Er hat aber einen deutlich proaktiveren Charakter, da Staat und Gemeinden sich vorausschauend für die Begrenzung des Klimawandels und dessen Auswirkungen einsetzen sollen. Dies hat im Einklang mit den Zielen des Bundes und den internationalen Abkommen, welchen sich die Schweiz angeschlossen hat, zu stehen. Die Kantonsverfassung gibt die Ziele des Kantons Zürich vor. Sie ist kein Gesetz,

sondern beschreibt die Grundlagen staatlichen Handelns, wie beispielsweise zur öffentlichen Sicherheit, zur Schulfreiheit oder zu den politischen Rechten. Von der Verfassung abgeleitet werden Gesetze, Strategien oder auch Massnahmenpläne. Wie das im Kanton Zürich zum Klimaschutz aussehen kann, zeigt die vom Regierungsrat im März 2022 verabschiedete kantonale Klimastrategie mit verschiedenen Handlungsebenen, beispielsweise zur klimagerechten Siedlungsentwicklung und zum Gebäudepark oder zum Verkehr.

Mit dem neuen Klimaschutz-Artikel in der Zürcher Verfassung sollen Staat und Gemeinden in ihrem Handeln einen Beitrag zur Bekämpfung des globalen Klimawandels leisten. Die FDP-Kantonsratsfraktion hat die Vorlage wohlwollend, aber durchaus auch kritisch begleitet. So hätten wir gerne auch das Verursacherprinzip im neuen Artikel verankert gesehen. Wir anerkennen aber, dass der Klimawandel als eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit, die ganz oben auf dem Sorgenbarometer der Bevölkerung steht, von der Bedeutung her auf höchster Ebene verankert sein



Barbara Franzen

soll. Aus liberaler Sicht besonders wichtig ist die explizite Verankerung von Forschungs- und Innovationsförderung. Mit dieser proaktiven Haltung ergeben sich Chancen für den Wirtschaftsstandort Zürich, und wir erwarten dank dem Klimaschutz-Artikel weiteren Schub für unsere Hochschulen.

Jede Verfassungsänderung bedingt eine Volksabstimmung. Die FDP des Kantons Zürich empfiehlt Ihnen, ein Ja einzulegen. Verantwortungsvolles Handeln für die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen, für unsere Umwelt und unseren Kanton gehört zur FDP.

Barbara Franzen, Kantonsrätin

Kantonale Abstimmung

Nein zum Stimm- und Wahlrechtsalter 16

«Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht», sagt ein Sprichwort. Aber genau das fordert die Verfassungsänderung, die auf kantonaler und kommunaler Ebene ein Stimm- und Wahlrecht bereits ab Alter 16 fordert und am 15. Mai 2022 zur Abstimmung kommt. Die Illusion dahinter ist, dass die Initiantinnen und Initianten davon ausgehen, mit Stimmrechtsalter 16 die chronisch tiefe Stimmbeteiligung junger Erwachsener zu erhöhen. Dass es eine Illusion ist, zeigen die Erfahrungen mit dem Kanton Glarus, in dem seit 2007 mit 16 gewählt und abgestimmt werden kann. Eine neue Studie des Zentrums für Demokratie Aarau bestätigt denn auch diesen Befund. «Die 16-Jährigen haben anderes im Kopf, als abstimmen und wählen zu gehen.» Entsprechend signifikant tiefer als der Durchschnitt der Bevölkerung ist deren Stimmbeteiligung. Eine Studie der Universität Zürich, die im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern erschien und welche die politische Beteiligung von 16- bis 25-Jährigen im Kanton Zürich untersucht, kommt zu gleichen Schlüssen. Viele Jugendliche und auch solche, die stimmen könnten, empfinden die Abstimmungsvorlagen als «zu wenig relevant für die eigene Lebenssituation oder als zu komplex».

Die FDP-Kantonsratsfraktion und der Vorstand der FDP Kanton Zürich lehnen deshalb die Entkoppelung des politischen Stimm- und Wahlrechts vom aktuell geltenden Mündigkeitsalter von 18 Jahren ab. Die Verantwortung für politische Entscheide ist dann zu übertragen, wenn eine weitgehende Kongruenz zwischen Rechten und Pflichten besteht. Das ist erst mit der Volljährigkeit der Fall.

Stimm- und Wahlrechtsalter 18 heisst aber nicht, dass politische Bildung und die Auseinandersetzung mit politischen Prozessen vorher nicht stattfinden sollen. Im Gegenteil. Die FDP-Kantonsratsfraktion unterstützt mit Überzeugung das Jugendparlament. Hier wird politische Bildung und Partizipation gefördert. Die Mitglieder des Jugendparlaments können bei der gemeinsamen Umsetzung vielseitiger Projekte und bei der politischen Arbeit wertvolle Erfahrungen sammeln.

Dieter Kläy
Kantonsrat, Vizepräsident FDP Kanton Zürich



Dieter Kläy

Kantonale Abstimmung

Ja zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz

Die FDP empfiehlt ein Ja zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz. Das Bürgerrechtsgesetz stellt einen inhaltlich ausgewogenen Kompromiss dar, der sich primär an der heutigen Situation orientiert. Er wird neben der FDP auch von der SP, der GLP, den Grünen, Der Mitte, der EVP, der AL und den Secondas Zürich unterstützt.

Die Zürcher Kantonsverfassung verlangt, den Erwerb des Bürgerrechts in einem Gesetz zu regeln. Diese gesetzliche Grundlage fehlt bis heute. Aktuell existieren lediglich die Bundesgesetzgebung und die kantonale Bürgerrechtsverordnung sowie einige veraltete Bestimmungen. Diese Situation ist unbefriedigend: Das Bürgerrecht spielt im Leben eines Menschen eine zentrale Rolle – nicht nur hinsichtlich der Ausübung politischer Rechte und Pflichten. Zudem erfolgt rund ein Viertel aller Einbürgerungen in der Schweiz im Kanton Zürich. Um der grossen Bedeutung des Bürgerrechts Rechnung zu tragen, braucht es daher auch im Kanton Zürich ein Bürgerrechtsgesetz.

Das kantonale Bürgerrechtsgesetz vereinheitlicht die Anforderungen für den Erwerb des Bürgerrechts und ermöglicht faire und einheitliche Einbürgerungsverfahren im ganzen Kanton. Es legt für die Prüfung der Sprach- und Grundkenntnisse einheitliche Kriterien fest, die eine objektive und transparente Überprüfung gewährleisten. Diese Harmonisierung ist wichtig, denn die Chancen auf eine Einbürgerung sollen nicht vom Wohnort abhängen. Weiter sind die zuständigen Stellen der Gemeinden und des Kantons mit den geplanten Prozessen gut vertraut. Die bewährten Abläufe werden mit dem Bürgerrechtsgesetz nämlich beibehalten.

Aus liberaler Sicht stellt das Bürgerrechtsgesetz einen sinnvollen Kompromiss dar. In einigen wenigen Punkten wurden im kantonalen Bürgerrechtsgesetz die Auflagen zwar etwas gelockert. So wurden bspw. die Gebühren für unter 20-Jährige vollständig erlassen. Dafür müssen straffällig gewordene Jugendliche, die sich einbürgern lassen möchten, künftig höhere Hindernisse überwinden. Der FDP ist es weiter gelungen, von linker Seite eingebrachte



Michael Biber

zusätzliche Erleichterungen bei zentralen Punkten wie den Wohnsitzfristen oder einem vollständigen Gebührenerlass erfolgreich abzuwehren. Unter dem Strich bleibt also ein breit abgestützter Kompromiss, den die FDP mit Überzeugung mittragen kann.

Michael Biber, Kantonsrat

Aus der Fraktion

Digital first!

Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Schweiz ein digitales Entwicklungsland ist. Das Potenzial digitaler Dienstleistungen ist gross, nicht zuletzt im Verkehr zwischen Privaten und Behörden. Auch der Kanton Zürich steht noch ganz am Anfang einer digitalen Transformation. Verschiedene parlamentarische Vorstösse sollen diese Entwicklung nun vorantreiben.

Der grösste Nutzen von E-Government sowohl für die Bevölkerung als auch für die Behörden entsteht bei der elektronischen Abwicklung von Amtsgeschäften. Um die digitale Transformation weiterzuentwickeln, haben die kantonale Verwaltung und zahlreiche Städte und Gemeinden im Kanton Zürich die Zusammenarbeitsorganisation egovpartner geschaffen. Dort gibt es zwar interessante Projekte und Ansätze, und mit der Bewilligung jährlicher Beiträge von 1,5 Millionen Franken hat der Kantonsrat auch gute strukturelle Bedingungen geschaffen.

Um die digitale Entwicklung zielgerichtet und wirtschaftlich voranzutreiben, braucht es aber weitere Voraussetzungen, namentlich:

- Eine Übersicht über die wichtigsten Amtsgeschäfte und eine Roadmap, innert welcher Frist

diese online abgewickelt werden können. Hier ist der Kanton zusammen mit den Städten und den Gemeinden gefordert, diese zu definieren und Standardlösungen bereitzustellen, die von der Bevölkerung und den Unternehmen in allen Gemeinden genutzt werden können. Ziel ist es, dass der Geschäftsverkehr zwischen Behörden und Privaten möglichst digital stattfinden kann.

- Digitalisierungsprojekte scheitern oft daran, dass die rechtlichen Grundlagen nicht nach dem Motto «digital first» ausgestaltet sind, sondern im Gegenteil einen medienbruchfreien digitalen Vollzug oft explizit verhindern (wie bspw. Baugesuche, die zurzeit auch noch auf Papier eingereicht werden müssen). Um die digitalen Stolpersteine zu erkennen und aus dem Weg zu räumen, braucht es ein gezieltes Screening der gesetzlichen Grundlagen und Verwaltungen, die nach dem Prinzip «digital only» denken und arbeiten.

- Eine zuverlässige und sichere E-ID, die eine zweifelsfreie Identifikation ermöglicht. Sie verringert administrativen Aufwand, ermöglicht den durchgängigen elektronischen Geschäftsverkehr und reduziert so Bürokratie. Das ist für die Weiterentwicklung im Bereich E-Government und E-Commerce zentral. Für durchgängige Behördenleistungen muss die E-ID auch von den Städten und den Gemeinden genutzt werden können.



Beatrix Frey-Eigenmann

Um diese Voraussetzungen zu schaffen, haben wir drei parlamentarische Vorstösse eingereicht. Die Regierung war bereit, alle Vorstösse entgegenzunehmen, und auch der Kantonsrat hat bis am 21. Februar 2022 diskussionslos deren Überweisung beschlossen. Nun sollte einem digitalen Schub im Kanton Zürich eigentlich nichts mehr im Weg stehen.

Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin

Parolenspiegel

Kantonale Vorlagen vom 15. Mai 2022



JA

Klimaschutz-Artikel
(Änderung der Verfassung des Kantons Zürich vom 25. Oktober 2021)
(ABI 2021-10-29)



NEIN

Stimm- und Wahlrechtsalter 16 (ohne Herabsetzung des Wählbarkeitsalters 18)
(Änderung der Verfassung des Kantons Zürich vom 15. November 2021)
(ABI 2021-11-19)



JA

Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBÜG)
(ABI 2021-11-26)



NEIN

Kantonale Volksinitiative «Für eine Elternzeit (Elternzeit-Initiative)»
(ABI 2019-09-13)

Individualbesteuerung – jetzt mithelfen!

Seit Beginn der Sammelfrist konnten wir knapp zwei Drittel aller benötigten Unterschriften sammeln. Es braucht einen fulminanten Schlussspurt, damit wichtige Anliegen der zivilstands-unabhängigen Individualbesteuerung und somit auch die Abschaffung der Heiratsstrafe nicht scheitern.

Gemeinsam schaffen wir das!
Dafür brauchen wir aber eure Hilfe:





Im Gespräch mit...

Beat Walti,
Nationalrat und ehemaliger Fraktionspräsident

Was war deine ursprüngliche Motivation, in die Politik einzusteigen? Der Kampf für eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Ordnung war schon damals mein wichtigster Antrieb – in einer Zeit, da hinter dem Eisernen Vorhang der ordnungspolitische Gegenentwurf mit sozialistischer Repression und Planwirtschaft förmlich implodierte. Demokratie verlangt aber auch Engagement. Und ich mache grundsätzlich nicht gerne die Faust im Sack.

Im Februar hast du dein Amt als Fraktionspräsident nach 4½ Jahren abgegeben. Was waren deine Beweggründe? Seit 2017 durfte ich die Fraktion durch sehr bewegte Zeiten führen: Drei Bundesratsnawahlen, die Konstituierung der Fraktion und die Gesamterneuerungswahl des Bundesrates nach den Wahlen 2019, bald darauf die Corona-Pandemie – parallel haben uns bedeutende Themen wie die Altersvorsorge, die Beziehungen zur EU, die Unternehmenssteuerreform oder die Umwelt- und Klimapolitik intensiv beschäftigt. Ich wollte die Aufgabe abgeben, solange es mir noch richtig Freude macht – und habe wirklich auch mit einem weinenden Auge aufgehört.

Sicher gibt es auch ein lachendes Auge? Wo liegt zukünftig dein politischer Fokus? In den kommenden Jahren will ich mehr Zeit in die politische Arbeit, vor allem in die wirtschaftspolitischen Dossiers, investieren. Die Erhaltung unseres Wohlstandes ist alles andere als ein Selbstläufer – vor allem die grossen Staaten fahren immer ungenierter «die Ellenbogen» aus. Als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben beschäftigt mich das sehr: Wir müssen attraktiv bleiben für Unternehmen, die hier investieren, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Als kleines Land müssen wir mit offenen Märkten punkten, mit funktionierenden Institutionen und Rechtssicherheit, mit einer stabilen Währung, einem erstklassigen Bildungssystem und auch mit einer hohen Lebensqualität – aber auch mit einer vernünftigen Steuer- und Abgabenlast. Aber diese Faktoren müssen im schärfer werdenden Standortwettbewerb aktiv gepflegt werden. Entscheidend ist ein erstklassiges Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Wie schaffen wir es, mehr junge Menschen für die Politik zu begeistern? Mit den jungen Menschen sollten wir gezielt eine Debatte über ihre langfris-

tigen Perspektiven lostreten. Gerade die Jungen brauchen freiheitliche Rahmenbedingungen, um ihr Leben selbst gestalten zu können. Die langfristige Perspektive ist auch ein wichtiger Teil der Nachhaltigkeit. In der Altersvorsorge z. B. können wir die Jungen nicht zum lebenslangen Zahlen verdonnern – um sie dann vor einem Schuldenberg und mit leeren Rentenversprechen stehen zu lassen. Ganz grundsätzlich müssen wir daran erinnern, dass der Wohlstand nicht an den Bäumen wächst, dass attraktive Arbeitsplätze mit guten Löhnen nur durch Investitionen erhalten bleiben – und dass es sich auch lohnen soll, sich «reinzuhängen».

Was müssen wir als Partei tun, damit das liberale Feuer wieder richtig lodert? Das liberale Vertrauen in den urteilsfähigen und verantwortlichen Menschen ist doch eine positive Botschaft. Es mag manchmal auch anstrengend sein, aber sicher weniger deprimierend als die linke – und häufig auch konservative – Sicht auf die Menschen als hilflose Objekte, die vom Staat vor sich selbst geschützt und durchs Leben geführt werden müssen. Es ist dieses freiheitliche Lebensgefühl, das wir konsequent ansprechen müssen, auch wenn wir die Sorgen der Menschen aufgreifen. Gerade auf die grossen Fragen wie Arbeitsplatz- und Rentensicherheit oder Umwelt- und Klimaschutz sind Antworten nur dann nachhaltig, wenn sie auch gesellschaftlich getragen und nicht nur staatlich vorgeschrieben sind.

Wie wichtig ist dir die Work-Life-Balance, und was tust du dafür? Wichtig – ich kann vor allem mit der Familie, und draussen in der Natur gut abschalten.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich persönlich ganz speziell? Die demografische Entwicklung.

Welches sind die Werte, die dir am wichtigsten sind? Respekt – und natürlich Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt ...

Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet? Eigentlich nicht – ich bin einfach gerne mit offenen Augen unterwegs!

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!

Steckbrief

Beat Walti (1968, Zollikon); Nationalrat seit 2014 (Fraktionspräsident von 2017 bis 2022). Kantonsrat von 1999 bis 2013 (Fraktionspräsident von 2005 bis 2008), von 2008 bis 2016 Präsident der FDP Kanton Zürich. Rechtsanwalt in Zürich; verheiratet, zwei Kinder.



«Ich wünsche mir, dass die Fraktion als Team arbeitet»

Ziele und Vorstellungen des neuen Fraktionspräsidenten

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier versteht sich als Coach, der auf ein gutes Kollektiv achtet und ein Gleichgewicht zwischen internen Diskussionen und dem Einsatz für gemeinsame Positionen herstellt. Genauso wichtig ist ihm aktive Präsenz der FDP-Parlamentariern in ihren Heimatkantonen.

Seit deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten sind einige Wochen vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt? Es ist ein neues Kapitel und eine neue Herausforderung. Zehn Tage nach der Wahl begann bereits die Session. Das erforderte gute Vorbereitung und viel Energie. Ich habe aber grosse Freude an meiner neuen Rolle und bin dankbar für das Vertrauen. Mir gefällt, dass man mit allen Fraktionsmitgliedern und Vertretern anderer Fraktionen sowie Bundesräten und externen Vertretern einen regen Austausch pflegt. Das Amt sorgt auch dafür, dass man alle politischen Themen im Blick hat, nicht nur diejenigen der eigenen Kommission.

Du bist Spezialist für Aussenpolitik. Ist diese breite thematische Abdeckung eine besondere Herausforderung? Es stimmt, dass ich mich in Aussen-

politik gut auskenne, aber ich bin schon seit 25 Jahren in der Politik und habe mich schon viel mit Bildungs-, Sozial-, Finanzpolitik und Forschungsthemen befasst. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission bin ich nun unter anderem für Migrationsthemen, Demokratie und Datenschutz zuständig. Ich finde es wichtig, dass man als Politiker ein Generalist bleibt. Ich kann mich für viele Themen begeistern, deshalb entspricht mir diese Art des Politisierens.

Nach über 25 Jahren bist du der erste Fraktionspräsident aus der Westschweiz. Was bedeutet das für die Fraktion? Ich denke, meine Herkunft sollte nicht überbewertet werden. Es gibt seit 50 Jahren Abwechslung zwischen lateinischen und deutschsprachigen Fraktionspräsidenten. Zuletzt hatten wir mit Ignazio Cassis und Fulvio Pelli zwei Tessi-

ner als lateinische Fraktionspräsidenten. Diese Abwechslung ist positiv, weil damit verschiedene Kulturen in den Parteigremien vertreten sind. Die Integration von Minderheiten entspricht auch den Werten der Schweiz – umso mehr, weil 40 Prozent der Fraktionsmitglieder aus der lateinischen Schweiz kommen. Aber am Ende zählt nicht, woher man kommt, sondern ob man die FDP-Werte vertritt und sich für den Zusammenhalt in der Fraktion einsetzt.

In der FDP-Liberale-Fraktion gibt es traditionell viele unterschiedliche und auch starke Meinungen. Wie gehst du damit um? Wir sind die Partei der Freiheit. Es ist daher nicht erstaunlich, dass unterschiedliche Positionen existieren, gerade zu Beginn eines politischen Prozesses. Das ist aber nichts Neues! Kurt Fluri erinnerte kürzlich bei der Würdigung des verstorbenen Nationalrats Franz Eng daran, dass es dieselben Diskussionen gab, als Eng Ende der 1970er-Jahre Fraktionspräsident war. Es ist wichtig, dass alle ihre Meinung äussern können. Wir diskutieren, hören einander zu und suchen schliesslich nach einer gemeinsamen Position. Die Einbindung von Haltungen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ist typisch Schweiz. Und wenn man

«Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft.»

sich nicht findet, stimmt man ab. Als Fraktionspräsident will ich in diesen Prozessen ein Gleichgewicht finden.

Was sind deine Prioritäten als Fraktionspräsident?

Ich entscheide nicht, in welche Richtung sich die Fraktion bewegen soll. Was ich mir wünsche, ist, dass die Fraktion als Team agiert. Wir sind nicht einfach die Summe von 41 Einzelpersonen, sondern ein FDP-Team, das gemeinsame Werte vertritt. Da ähnelt sich die Politik dem Sport. Es braucht einen guten Teamgeist, um zu gewinnen. Deshalb will ich auch Raum schaffen für Diskussionen, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Kurzum: Meine Priorität ist, dass wir als Team funktionieren und jeder seinen Platz findet.

Und in diesem Team bist du der Kapitän? Ich bin eher der Coach, der motiviert, unterstützt, an die gemeinsamen Regeln erinnert und die Arbeit organisiert.

Nicht nur die Fraktion ist ein Team, sondern auch das Fraktionspräsidium mit Daniela Schneeberger, Hans Wicki und dir. Wie funktioniert die Zusammenarbeit? Sehr gut! Um es mit einer französischen Redewendung zu sagen: Die Mayonnaise hat sofort gepasst. Hans Wicki ist erfahren, konstruktiv und sehr angenehm im Umgang. Er hat seine Rolle als Präsident der Ständeratsgruppe, die ihre eigene Dynamik und Agenda hat. Die Ständeratsgruppe ist natürlich in die Fraktion integriert, muss aber trotzdem ihre eigene Arbeitsweise bewahren. Über die Wahl von Daniela Schneeberger als Fraktionsvizepräsidentin habe ich mich sehr gefreut. Sie übt ihre Aufgabe mit viel Dynamik, Erfahrung und Loyalität aus und zeigt grosses Engagement. Was nicht zu unterschätzen ist: Beide haben einen tollen Sinn für Humor. Wir bilden sicher ein gutes Team.

Wir befinden uns in der zweiten Hälfte der Legislatur. Was sind deine Ziele mit der Fraktion bis zum Legislaturende? Wir wollen den bisherigen Weg fortsetzen und die Ziele weiterverfolgen, die wir



Damien Cottier wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, zuvor war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Didier Burkhalter. Als Fraktionspräsident versteht sich Damien Cottier als Coach der Fraktion. Fotos: Désirée Dittes

uns zu Legislaturbeginn gesetzt haben. Die Themen Sicherheit und Energieversorgung bleiben zentral. Zudem haben diese Themen aufgrund der Aktualität an Bedeutung gewonnen und die FDP ist hierbei glaubwürdig. Selbstverständlich hat auch die Sicherung der Altersvorsorge hohe Priorität und wirtschaftliche Fragen bleiben das Kerngeschäft der FDP. Wirtschaftliche und steuerliche Massnahmen, um die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, Innovation zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine Daueraufgabe, die von uns ständig vorangetrieben wird. Diese Anstrengungen der FDP sind nicht neu, gewinnen durch die Aktualität aber noch an Gewicht. Es liegt an uns, unsere Arbeit im Parlament in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die Fraktion hat dabei eine Scharnierfunktion. Wir können die Parteistrategie in die parlamentarische Arbeit aufnehmen.

In eineinhalb Jahren finden die eidgenössischen Wahlen statt. Was kann die FDP-Liberale-Fraktion beitragen, damit die FDP gewinnt? Weiterarbeiten wie bisher und unsere Tätigkeit im Parlament noch besser bekannt machen. Zudem bin ich überzeugt, dass die lokale Verankerung wichtig ist. Wir haben zuletzt in verschiedenen Kantonalwahlen gute Ergebnisse erzielt. Dabei ist es wichtig, dass die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch mit der Bevölkerung in Kontakt treten, Flyer verteilen und bei der Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung mitmachen. Die gewählten FDP-Vertreter kennen die Bevölkerung und können ihre Anliegen weitertragen. Die Fraktionsmitglieder sollten daher in ihren Kantonen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben

teilnehmen und bei den Aktivitäten ihrer Kantonalpartei präsent sein.

Die Nähe zwischen Politik und Bürger ist also ein Vorteil? Absolut. Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft. Gleiches gilt für die Parlamentarier, die man in ihrer Heimat problemlos ansprechen kann. Das ist äusserst wertvoll. So haben die Menschen das Gefühl, gehört zu werden und dass ihre Meinung ernst genommen wird. Zu diesem Dialog müssen wir Sorge tragen.

Zwischen 2001 und 2005 warst du Fraktionspräsident der FDP im Neuenburger Kantonsparlament. Hilft dir die Erfahrung aus dieser Zeit heute? Natürlich, es ist exakt dasselbe (lacht). Ernsthaft: Im Bundesparlament ist die Organisation etwas komplizierter. Es gibt zwei Kammern und mehrere Sprachen, aber am Ende ist die Arbeit ähnlich. Ich muss dafür sorgen, dass die Diskussionen intern geführt werden, die Fraktion geeint ist und mit anderen Fraktionen für Mehrheiten kämpfen. Auch wenn es Unterschiede gibt, ist die Arbeit eines Parlaments im Grundsatz überall gleich.

In der jüngeren Vergangenheit wurden mit Pascal Couchepin und Ignazio Cassis zwei Fraktionspräsidenten Bundesrat. Ist das auch eine Option für dich? Ein Blick auf die Galerie ehemaliger Fraktionspräsidenten zeigt, dass die meisten nie Bundesräte geworden sind. Die Frage stellt sich daher nicht. Wir verfügen über zwei hervorragende Bundesräte, die noch lange im Amt bleiben.

Interview: Marco Wölfli

Interview

Thierry Burkart freut sich über die freisinnigen Erfolge der letzten kantonalen Wahlen.

Foto: Sophie Brasey



Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt zieht Parteipräsident Thierry Burkart eine Zwischenbilanz und spricht über seine Besuche an der Basis, Erfolge in kantonalen Wahlen und liberale Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

Seit gut sechs Monaten bist du nun Präsident der FDP Schweiz. Wie lautet deine Zwischenbilanz? Es freut mich, dass die FDP in den letzten Wochen wichtige Themen lancieren konnte. Die anderen Parteien fühlen sich aus der Reserve gelockt, die Medien nehmen unsere Themen auf. Kurz: Man spricht über uns. Wir prägen damit die Politik unseres Landes – so muss es sein. Unsere Positionen sind klar und verständlich. Wir reden mit klarer Kante.

Erfreulich ist auch, dass wir die parteiintern schwierigsten Themen bereinigen und uns jeweils einstimmig auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Sei es bei unserer Position im Bereich CO₂ bzw. Klima, der Stromversorgungssicherheit und Technologieoffenheit oder der Reform der Altersvorsorge. Zur Europapolitik haben wir soeben

ein Positionspapier erarbeitet. Es wird an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni verabschiedet. Damit schliessen wir rund eineinhalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen die Reihen. Das macht mich zuversichtlich, denn will sich die FDP für die notwendigen Reformen mit mehrheitsfähigen Lösungen aktiv einbringen, ist Geschlossenheit eine zentrale Voraussetzung.

Du hast bereits zahlreiche Parteianlässe besucht. Was für eine FDP hast du angetroffen? In der Tat durfte ich bereits viele Anlässe in den Kantonal-, Bezirks- und Ortsparteien besuchen – und Bratwürste, Raclettes und Fondues im ganzen Land geniessen! Spass beiseite, es ist schon eindrücklich zu beobachten, mit wie viel Motivation, Begeisterung und Tatendrang sich Freisinnige im ganzen Land

für das liberale Gedankengut einsetzen. Das gibt mir den Ansporn, jeden Tag für die FDP mein Bestes zu geben. Denn wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei. Die Vielfalt an Meinungen ist eine echte Chance, die es zu nutzen gilt.

Hat sich das Modell mit dem fünfköpfigen Präsidium bewährt? Sehr! Als ich mir im letzten Sommer die Präsidiumskandidatur überlegte, war für mich schnell klar, dass es ein starkes Team braucht. Umso glücklicher bin ich heute, Andrea, Philippe, Johanna und Andri an meiner Seite zu wissen. Wir harmonieren und ergänzen uns hervorragend. Sie unterstützen mich in meiner Führungsaufgabe, denn sie verantworten je eigene Ressorts. An dieser Stelle spreche ich dem Vizepräsidium meinen herzlichen Dank aus.

In den letzten Wochen fanden in vier Kantonen Wahlen statt. Was kann die FDP Schweiz davon mitnehmen? Die Wahlergebnisse dürfen uns zuversichtlich stimmen. Die Wahlen sind erfreulich ausgefallen, auch wenn wir da und dort einen Dämpfer hinnehmen mussten. Lediglich in Bern verloren wir ganz leicht, erzielten bei den Regierungsratswahlen aber ein hervorragendes Ergebnis. In Obwalden legten wir drei Sitze zu. Im Nidwaldner Parlament bleiben wir deutlich stärkste Partei. Weiter holten wir in der Waadt gleich drei Regierungssitze und legten überdies im Parlament einen Sitz zu – wir halten nun 50 der 150 Sitze! Ebenso konnten wir bei den Gemeindewahlen in Zürich Sitze dazugewinnen – sogar in den Städten Zürich und Winterthur. Wir können feststellen: Nach den früheren Wahlverlusten geht es jetzt wieder aufwärts!

In eineinhalb Jahren wird auf nationaler Ebene gewählt. Was braucht es, dass die FDP die Wahlen gewinnt? Ein spezielles Thema oder Argument, um zu überzeugen, für die FDP zu stimmen? Wir fahren ganz einfach fort wie begonnen – vorausschauend denken, mit klarer Kante reden und glaubwürdig handeln. Es gilt, den Menschen in diesem Land aufzuzeigen, für welche Werte die FDP steht: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt.

Unsere Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, die auf einer liberalen Politik beruht. Deshalb gibt es nur eine liberale Stimme, und das ist die FDP. Heute wird oft zu schnell nach dem Staat gerufen. Diese schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen führen oft dazu, dass sie kompliziert werden und neue Nachteile entstehen. Hier braucht es die FDP mit ihren liberalen Antworten. Gemeinsam erarbeiten wir gute, tragfähige und nachhaltige Wege für die anstehenden Herausforderungen.

Interview: Gabrielle De Simone

Die bürgerliche Allianz zahlte sich in der Waadt aus.

Von links: Valérie Dittli (Die Mitte, neu gewählt), Michaël Buffat (SVP, nicht gewählt), Christelle Luisier (FDP, wiedergewählt), Isabelle Moret (FDP, neu gewählt) und Frédéric Borloz (FDP, neu gewählt).



Intensiver Wahl-Frühling

Rückblick auf die Wahlen in BE, VD, NW und OW

In den vier kantonalen Wahlen, die im März und im April stattgefunden haben, resultierten für die FDP insgesamt solide Ergebnisse. Neben Sitzgewinnen in den Parlamenten von Waadt und Obwalden waren insbesondere die Waadtländer Regierungswahlen ein grosser Erfolg.

In den letzten Wochen fanden in Bern, Waadt, Nidwalden und Obwalden kantonale Wahlen statt. Aus Sicht der FDP gab es verschiedene positive Resultate, aber auch vereinzelte Enttäuschungen. So musste die FDP im Kanton Bern den Verlust von zwei Sitzen bei den Grossratswahlen hinnehmen. Parteipräsident Stephan Lack begründet das Resultat unter anderem mit Proporzpech: «2018 hatten wir etwas Proporzglück und gewannen drei Restmandate. Dieses Jahr haben wir insgesamt leicht verloren und hatten dazu noch etwas Proporzpech: Beide Sitzverluste waren recht knapp, zudem wurde ein Sitzgewinn im Wahlkreis Emmental nur knapp verpasst.» Ausgesprochen erfreulich verliefen die Regierungswahlen im zweitgrössten Kanton. Der bisherige Sicherheitsdirektor Philippe Müller erzielte das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und half mit, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu sichern.

Wahlkampf dauert vier Jahre

Stephan Lack, dem selbst die Wahl in den Grossen Rat gelang, erlebte einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Für die Zukunft ortet er dennoch Verbesserungspotenzial: «Auf mittlere Sicht muss es uns gelingen, die Sektionen und die Kreise wieder zu stärken und neue Mitglieder an der Basis zu gewinnen. Der Wahlkampf dauert eben nicht nur

vier Monate, sondern vier Jahre. Sehr wichtig ist auch, dass es in Zukunft noch konsequenter gelingt, dass sämtliche relevanten Gemeinden ihre bekanntesten Persönlichkeiten auf der Liste haben und die Nachfolgeplanung für die abtretenden Grossrätinnen und Grossräte zeitlich optimal koordiniert wird.» In den kommenden vier Jahren will sich die FDP im Kanton Bern weiterhin für gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe einsetzen.

Toller Erfolg in der Waadt

In der Waadt war die FDP vor den Wahlen die stärkste Partei und konnte diese Position erfolgreich verteidigen. Dank einem Sitzgewinn bei den Grossratswahlen hält die FDP Waadt nun 50 von 150 Sitzen im Kantonsparlament. Die Grundlagenarbeit für den Wahlerfolg begann bereits im vergangenen Sommer, erklärt Parteipräsident Marc-Olivier Buffat. Dazu kam ein Programm mit Fokus auf die Schwerpunktthemen Verantwortung, Verkehrspolitik und Ausbau von erneuerbaren Energien. Zudem rückte die FDP Waadt die Steuerpolitik ins Zentrum. Auch das Bündnis «l'alliance vaudoise», das mit SVP und Die Mitte für die Staatsratswahlen gebildet wurde, half der FDP, sagt Buffat: «Das Bündnis hat uns auch in den Grossratswahlen viel gebracht, weil es die Kräfte gebündelt

hat. Dazu haben unsere 150 Kandidatinnen und Kandidaten intensive Mobilisierung betrieben.» Die Waadtländer Allianz hat bei den Staatsratswahlen gut funktioniert. Die bisherige FDP-Staatsrätin Christelle Luisier schaffte die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang gelang auch Isabelle Moret und Frédéric Borloz den Sprung in die kantonale Exekutive. Damit verteidigte die FDP die Sitze der zurückgetretenen Regierungsräte Philippe Leuba und Pascal Broulis.

Als grösste Partei des Kantons will die FDP in der nächsten Legislatur einiges bewegen. «Vielen Unternehmen fehlt es an qualifizierten Fachkräften, da besteht Handlungsbedarf. Zudem wollen wir verschiedene Steuerreformen voranbringen und in der Energiepolitik die Investitionen in erneuerbare Energien fördern», so Buffat. In den Wochen vor den Wahlen waren die FDP-Kandidaten im ganzen Kanton präsent und steckten viel Energie in die Kampagne. Für den Präsidenten ein wichtiger Effort: «Es braucht eine Politik vor Ort und persönliche Auftritte an Veranstaltungen, Kongressen, Messen und Volksfesten. Dadurch bringen wir die Menschen zusammen und vermitteln unsere freisinnigen Werte.»

Sitzgewinne in Obwalden

Im Gegensatz zu den Erfolgen in der Waadt präsentiert sich die Sachlage in der Zentralschweiz durchgezogen. In Nidwalden gelang es der FDP nicht, den Sitz des zurückgetretenen Regierungsrats Alfred Bossard zu verteidigen. Die Wiederwahl schaffte hingegen Joe Christen. Im Landrat verlor die FDP einen Sitz, bleibt aber die stärkste Partei. In Obwalden verpasste die bisherige Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser die Wiederwahl nach einer persönlichen Kampagne gegen ihre Person. Diese Enttäuschung wurde zumindest teilweise durch das gute Resultat bei den Kantonsratswahlen kompensiert. Dort gewann die FDP drei zusätzliche Sitze und besetzt nun 11 der 55 Sitze im Parlament. Parteipräsidentin Carola Weiss zieht daher ein positives Fazit: «Der Wahlkampf war wirklich toll und die FDP zeigte viel Präsenz. Die frühe Vorbereitung hat sich gelohnt.» Im Kantonsrat agiert die FDP künftig als grösste Oppositionspartei und will angriffig politisieren. «Wir werden insbesondere die Mitte in die Pflicht nehmen und vor allem die Finanzpolitik ganz genau beobachten», kündigt Weiss an. Zudem will die FDP Obwalden noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und die Kommunikation verbessern. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit der FDP Nidwalden. Schliesslich ist nach den Wahlen auch vor den Wahlen. In zwei Jahren finden kommunale Wahlen statt und die FDP peilt zusätzliche Gemeinderatssitze an.

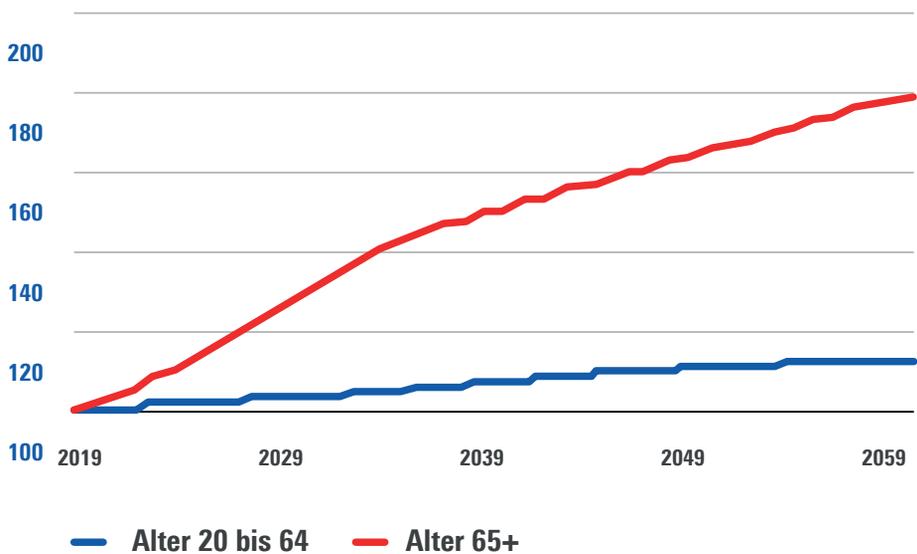
Marco Wölfli

Die Sanierung der AHV – ein Generationenprojekt

Ja zur AHV-21-Reform

Bevölkerungswachstum – aber nur bei 65+

Anstieg der Altersgruppen im BFS-Referenzszenario der Bevölkerungsentwicklung (indexiert 2019 = 100)



Im September stimmt die Schweiz über die AHV-21-Reform ab – ein erster wichtiger Schritt in Richtung nachhaltig finanzierter AHV. Zusammen mit einer breiten Allianz aus bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich die FDP für die Stabilisierung des wichtigsten Sozialwerkes ein.

Was denken Sie: Werden in Japan mehr Erwachsenen- oder mehr Babywindeln verkauft? Zugegeben, es ist eine plakativ gestellte Frage. Seit 2014 ist Japan das erste Land, in dem die Windelhersteller mehr Geld mit Windeln für Erwachsene verdienen als mit solchen für Kinder. Auch in der Schweiz wird dieses Szenario aufgrund der demografischen Entwicklung schon bald Realität sein. 2015 feierten in der Schweiz erstmals mehr Personen ihren 65. als ihren 25. Geburtstag. Damit nahm eine über Jahrzehnte fortschreitende Entwicklung ihren Lauf: 2050 wird es in der Schweiz eine Million Menschen über 65 Jahren mehr geben als heute. Dies stellt insbesondere unsere Altersvorsorge vor grosse Herausforderungen. Wird nichts unternommen, häuft sich in der AHV bis 2045 ein Schuldenberg von 200 Milliarden Franken an – das entspricht den Kosten von 16 Gotthard-Basistunneln.

Gemeinsam für gesunde AHV-Finzen

Der Bau des Gotthard-Basistunnels gilt zu Recht als Generationenprojekt. Gleiches Verständnis sollte bei der Sicherung unserer Altersvorsorge vorherrschen: Nur gemeinsam erreichen wir eine nachhaltig finanzierte AHV. Generationen oder Geschlechter gegeneinander auszuspielen, wie es die linken Parteien und Gewerkschaften tun, sind der Sache unwürdig und leisten keinen konstruktiven Beitrag zur Diskussion. Eine erste wichtige Gelegenheit bietet die Abstimmung über die AHV-21-Reform von diesem Herbst. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und gemeinsam für gesunde AHV-Finzen einstehen. Tun wir dies nicht, drohen uns massive Steuererhöhungen.

AHV-Sanierung dringend nötig

Während die AHV in ihren Anfangsjahren im

Die wichtigsten Massnahmen im Überblick

- Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre
- Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge (erleichterter Vorbezug und lebenslange Rentenzuschläge für insgesamt 9 Jahrgänge)
- Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren
- Anreize für die Weiterführung der Erwerbstätigkeit ab 65 Jahren
- Zusatzfinanzierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte

Schnitt alle fünf Jahre saniert wurde, liegt die letzte grosse AHV-Reform 25 Jahre zurück. Ohne baldige Sanierungen verschlechtert sich die bereits heute angespannte finanzielle Situation der AHV weiter; allein im Jahr 2030 droht ein Umlagedefizit von fünf Mrd. Franken. Um das zu verhindern und die Finanzen der AHV zu stabilisieren, braucht es die AHV-21-Reform. Leider gefährden die linken Parteien und Gewerkschaften mit dem Referendum zur Reform unser wichtigstes Sozialwerk leichtfertig.

Ausgleichsmassnahmen für betroffene Frauenjahrgänge

Die Vereinheitlichung des Referenzalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre wird die AHV jährlich um netto 1,4 Milliarden Franken entlasten und damit die finanzielle Situation der ersten Säule zusammen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte stabilisieren. Als Ausgleichsmassnahme werden die unmittelbar betroffenen Frauen der Übergangsgeneration eine Kombination aus einem erleichterten Vorbezug und einem generellen AHV-Zuschlag erhalten. Weiter sieht die Reformvorlage die Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 63 und 70 Jahren für Mann und Frau vor, womit der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gleitend gestaltet werden kann.

Stemmen wir das Generationenprojekt «Sicherung der AHV» und engagieren wir uns diesen Herbst gemeinsam für die AHV-21-Reform.

Andri Silberschmidt,
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH



Tourismusmagnete wie Gruyères würden unter einem Frontex-Nein leiden. Foto: iStock/Julien Viry



Frontex-Nein gefährdet Gewerbe und Tourismus

Schweiz droht «Visum-Insel» zu werden

Bei der Frontex-Schengen-Abstimmung vom 15. Mai steht für das Gewerbe und für die Tourismusbranche im Speziellen viel auf dem Spiel. Bei einem Nein drohen Lieferengpässe und der automatische Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Visa-Raum Schengen. Die Tourismusbranche allein kostet das über eine halbe Milliarde Franken – jährlich.

Auf den ersten Blick geht es bei der Referendumsabstimmung vom 15. Mai um eine verhältnismässig geringe Erhöhung des Schweizer Beitrags an die Europäische Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex, um rund 37 Millionen Franken. Damit sollen jene Länder unterstützt werden, welche die gemeinsame Schengen-Aussengrenze sichern und ankommende Flüchtlinge empfangen, beispielsweise an der Grenze zur Ukraine in Polen. Das Problem dabei ist, dass ein Nein zu Frontex automatisch den Kündigungsmechanismus nach Art. 7 des Schengen-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU auslöst. Um diesen rechtlichen Automatismus noch abzuwenden, bräuchte es den einstimmigen Willen aller europäischen Länder, dass die Schweiz tatsächlich einen Sonderzug fahren darf oder zumindest nochmals abstimmen kann. Ein sehr unwahrscheinliches Szenario, auf das man keine seriöse Planung aufbauen kann.

Visum-Insel und Lieferengpässe verhindern

Ohne «Schengen» wird die Schweiz zur «Visums-Insel», denn Touristen aus den wichtigen Fernmärkten ausserhalb Europas bräuchten ein separates Visum für die Schweiz. Studien beziffern den Verlust für die Beherbergungs- und Tourismusbranche

auf jährlich über eine halbe Milliarde Franken. Hinzu kommen die Grenzkontrollen, welche wieder eingeführt werden müssten, weil die Schweiz wieder zur Aussengrenze der EU würde. Für die Gäste bedeutet das Reisebürokratie statt Reisefreiheit. Für die Betriebe bedeutet es das latente Risiko von Lieferengpässen oder Verspätung bei verderblicher Ware.

Erholung und Reisefreiheit nicht aufs Spiel setzen

Noch Mitte Februar hat uns der Bundesrat mit seinem Lockerungsentscheid berechtigte Hoffnung auf eine nachhaltige Erholung in der ganzen Tourismus- und Beherbergungsbranche gemacht. Die Lockerung der Einreisebestimmung bedeutete nicht zuletzt eine Wiederherstellung der vollständigen Reisefreiheit: für uns selbst und für unsere Gäste aus den nicht europäischen Fernmärkten. Genau diese Reisefreiheit und die damit verbundene Erholung stehen am 15. Mai bereits wieder auf dem Spiel. Deshalb ist ein Ja zu Frontex-Schengen so wichtig.

Claude Meier
Direktor HotellerieSuisse
www.meier-claude.ch



Rathgeb bleibt oberster Regierungsrat der Schweiz

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat den Bündner FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb (52) für eine zweite Amtsdauer zu ihrem Präsidenten gewählt. Rathgeb führt die KdK bis Ende 2022 und wird dann infolge Amtszeitbeschränkung aus der Bündner Regierung ausscheiden und danach wieder als selbstständiger Anwalt in Chur tätig sein.

Christian Rathgeb übernahm das Präsidium der KdK am 1. Juni 2020 von Beni Würth (SG), der aus der St. Galler Regierung ausschied und in den Ständerat wechselte. In der Amtszeit des Bündners nahm die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) operativ ihre Arbeit zur Harmonisierung der digitalen Transformation in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden auf. Sodann wurden im letzten Herbst die Arbeiten einer neuen europapolitischen Standortbestimmung der Kantone aufgenommen. Aktuell evaluiert die Konferenz das Krisenmanagement der Pandemiebewältigung zwischen Bund und Kantonen und unterstützt die Konferenzen und Kantonsregierungen in Fragen der Flüchtlingsunterbringung. Daneben gehören das Monitoring und die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sowie der Aufgabenteilung Bund – Kantone zu den Aufgaben der Regierungskonferenz.

Rathgeb gründete 1986 die Bündner Jungpartei, deren Präsident er später wurde, und präsierte die FDP Graubünden von 2003 bis 2008. Er gehört der Bündner Regierung seit 2012 an und ist Vorsteher des Departements für Finanzen und Gemeinden.

Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP GR



Ukraine-Krieg überschattet Session

Rückblick auf die Frühlingssession

Die FDP konnte im Umgang mit Gentechnik nach Jahren des Stillstands im Parlament endlich einen Fortschritt vermelden. In anderen Themen hatten es liberale Positionen schwer. Doch das Hauptthema der abgelaufenen Session war der Ukraine-Krieg, der den Kontinent erschüttert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingssession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat unseren Kontinent sowie die ganze Schweizer Politik erschüttert.

Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und die militärische Aggression der russischen Regierung sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen aufs Schärfste verurteilt. Das wurde unter anderem auch in den dringlichen Debatten im Nationalrat und Ständerat klargemacht sowie wurden konkrete Vorstösse eingereicht, die unter anderem eine Aufstockung der Mittel für die Armee fordern sowie Solidarität mit Flüchtlingen, Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Energieversorgung und ein humanitäres und diplomatisches Engagement. Zudem wurde nochmals klar beschlossen, dass die Schweiz an ihrer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat festhalten soll, wo sie zu den Bemühungen für Frieden beitragen kann.

Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

In der Frühlingssession hat der Nationalrat über die Gletscher-Initiative und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu

67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung für ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Gletscher-Initiative. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte Gegenvorschlag in der Umsetzung nämlich mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote.

Massentierhaltungsinitiative geht zu weit

Nach dem Nationalrat lehnte nun auch der Ständerat die Massentierhaltungsinitiative ab und ist nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats eingetreten, womit dieser vom Tisch ist. Die FDP nahm die Entscheide des Parlaments mit Freude zur Kenntnis, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung.

Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums durch die anderen Parteien nicht verhindert werden. Obwohl die Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wis-

senschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen. Immerhin konnten nun erstmals Ausnahmen eingeführt werden. Der vom Parlament beschlossene und von links-grün bekämpfte Antrag beauftragt den Bundesrat, für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmateriale eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen.

Rigide «Lex Booking»

Der Nationalrat hat sich zur Enttäuschung der FDP für eine weitreichende Regulierung der Online-Buchungsplattformen wie Booking.com ausgesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Die FDP hat vergebens versucht, die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die Vorteile für Betriebe zum Beispiel durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Nun ist der Ständerat am Zug, um diesen Misstritt des Nationalrats zu korrigieren.

Parlament für die nächste Krise rüsten

Der Nationalrat hat sich mit der Funktionsweise des Parlaments in Krisensituationen befasst, damit der Handlungsspielraum vorhanden ist, wenn der Bundesrat Notrecht anwendet. Dies ist demokratiepolitisch wichtig, um in Krisenzeiten ein Gegengewicht zum Bundesrat zu schaffen. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Vorstoss, an dem die FDP beteiligt war, fast einstimmig zu.

Damien Cottier

Fraktionspräsident und Nationalrat NE

Ende März besuchte Karin Keller-Sutter das Bundesasylzentrum Basel. Foto: EJPD



«Ukraine-Krieg ist ein Angriff auf unsere westlichen Werte»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre Arbeit seit Kriegsausbruch

Es hätte das Jahr der Reformen im Schengen-Raum sein sollen. Eine Agenda im Einklang mit den Zielen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat alles auf den Kopf gestellt. Die Justizministerin blickt zurück auf die letzten Wochen, die geprägt waren von der massiven Fluchtbewegung aus der Ukraine und einem Europa, das zusammensteht.

In der Ukraine herrscht seit dem 24. Februar Krieg. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom Kriegsausbruch erfahren haben? Anfang Februar führte ich bilaterale Gespräche am Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Lille. Mein tschechischer Kollege rechnete schon damals mit einem Krieg und meinte, es könnte 5 Millionen Flüchtlinge geben. Das hat mich sehr beschäftigt. Im Westen wollte man dies mit Ausnahme der USA nicht sehen. Die Gespräche in Lille, etwa mit den Vertretern aus Polen, der Slowakei oder Österreich, waren in diesem Fall sehr wichtig für mich. Ich rechnete danach jeden Tag mit einem Angriff. Am 24. Februar hat mir mein Mann am frühen Morgen gesagt: «Kiew wird angegriffen.» Ich dachte sofort an die Opfer. Ich habe realisiert, dass dies auch ein Angriff auf unsere westlichen, demokratischen Werte ist.

Waren Ihnen die Auswirkungen auf die Schweiz so gleich bewusst? Es war mir bewusst, dass viele Ukrainerinnen flüchten würden, um sich in Sicherheit zu bringen. Mittlerweile sind über 40 000 Personen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Aber ganz

abgesehen von der Anzahl der Menschen, die jetzt in der Schweiz sind: Wir sind mit ganz vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Ende März war die Hälfte aller ukrainischen Kinder auf der Flucht. Es fällt schwer, sich das vorzustellen.

Wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich? Drei Tage nach Kriegsausbruch haben wir uns in Brüssel getroffen. Am Abend des 27. Februar war mir klar, dass der Schutzstatus S aktiviert werden muss, und ich habe sofort entsprechende Aufträge erteilt. Dass die Europäische Union mit dem vorübergehenden Schutz etwas Vergleichbares plante, hat die Sache vereinfacht. Eine Koordination auf europäischer Ebene war unabdingbar.

Am 4. März haben Sie erstmalig den Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert. Was führte zu diesem Entscheid? Der Schutzstatus S ist genau für eine solche Situation erdacht worden: eine hohe Anzahl Personen, die in kurzer Zeit vor einem Krieg zu uns flieht und unseren vorübergehenden Schutz braucht. Er erlaubt ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von Geflüchteten. Im

normalen Asylprozess hätten wir die hohe Zahl an Geflüchteten gar nicht bewältigen können. Das System würde kollabieren.

Sie haben auch das Bundesasylzentrum Basel besucht. Welchen persönlichen Eindruck haben Sie erhalten? Ich war genau einen Monat nach Kriegsausbruch in Basel. In diesen vier Wochen ist es gelungen, in der Schweiz gleich viele Geflüchtete zu registrieren wie sonst in einem ganzen Jahr. Unsere Krisenbewältigung funktioniert. Bei meinem Rundgang in Basel habe ich auch mit Geflüchteten aus der Ukraine sprechen können. Sie haben alle betont, dass sie möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückkehren wollen und dass sie der Schweiz nicht zur Last fallen wollen. Viele haben sich bei mir für die Solidarität der Schweiz bedankt.

Falls der Krieg andauert, dürften viele Ukrainerinnen und Ukrainer längerfristig im Land bleiben. Ist die Schweiz dafür gerüstet? Ja, wir müssen gerüstet sein. Es gibt keine Alternative. Allerdings wird die Unterbringung den Bund und die dafür zuständigen Kantone stark fordern. Viele der Geflüchteten sind zudem gut ausgebildet. Kurz nach Ausbruch des Kriegs habe ich die Sozialpartner eingeladen, um die allfällige Integration in den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die entsprechenden Arbeiten laufen. Es muss jetzt jeder an seinem Platz seine Verantwortung wahrnehmen, dann meistern wir diese Aufgabe.

Ein Nein zu Frontex-Schengen würde auch die Sicherheit der Schweizer Grenzen gefährden. Foto: BAZG



Nicht mit dem Feuer spielen

Ja zu Frontex-Schengen

Am 15. Mai stimmen wir über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz Frontex – ab. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied von Schengen und arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Die Agentur übernimmt wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der irregulären Migration. Davon profitiert auch die Schweiz. Das von links-grüner Seite lancierte Referendum gegen Frontex gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Migrationskrise 2015 hat gezeigt, dass die bisherigen Mittel von Frontex nicht ausreichen. Darum soll Frontex von den Staaten des Schengen-Raums mehr Geld und mehr Personal erhalten. Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass sich auch unser Land am Ausbau von Frontex finanziell und personell beteiligen soll. Dies bekämpft nun links-grün in trauriger Eintracht mit einem Aktivistennetzwerk. Für die Schweiz geht es aber nicht nur darum, ob sie sich am Ausbau von Frontex beteiligen will. Frontex ist zentraler Bestandteil von Schengen. Lehnen die Stimmberechtigten die Vorlage ab, stehen die Abkommen Schengen und Dublin auf dem Spiel.

Gefährdeter Zugriff auf Schengener Informationssystem

Sicherheit ist für unser Land ein entscheidender Standortvorteil. Und für die Sicherheit der Schweiz

ist die Mitgliedschaft bei Schengen zentral. Warum? Sie garantiert unter anderem den Zugriff der Schweiz auf das Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS ist der Schlüssel zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Die Schweizer Sicherheitsbehörden nutzen das SIS intensiv: Rund 300 000 Anfragen werden täglich auf dem SIS getätigt. Jährlich erzielen sie damit rund 20 000 Fahndungstreffer. Bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage hätte die Schweiz auf dieses wichtige Fahndungssystem künftig keinen Zugriff mehr. Die Sicherheitsbehörden würden schlicht blind.

Wirtschaftlicher Mehrwert durch Schengen/Dublin

Bei Schengen geht es um mehr als um Sicherheit. Ohne Schengen würde die Schweiz zu einer Schengen-Aussengrenze. Unsere Nachbarstaaten müssten wieder systematische Grenzkontrollen einfüh-



ren. Das bedeutet die Rückkehr zu langen Wartezeiten für rund 2 Millionen Menschen, die jeden Tag die Schweizer Grenze überqueren. Aber auch das Reisen in andere europäische Länder würde für Schweizerinnen und Schweizer durch die systematischen Grenzkontrollen deutlich komplizierter. Ebenso müssten zum Beispiel Touristen aus Asien und arabischen Ländern für die Schweiz wie früher ein separates Visum beantragen. Zudem könnten die stark verwachsenen grenzüberschreitenden Lebensräume in Genf, Basel oder auch im Tessin nicht mehr wie bisher funktionieren.

Ausschluss droht innert sechs Monaten

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage sind überzeugt, dass die Schweiz auch bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage eine Lösung finden könnte, um im Schengen/Dublin-Verbund zu verbleiben. Sie täuschen sich. Lehnt die Schweiz die Frontex-Vorlage ab, lehnt sie eine Schengen-Weiterentwicklung ab, zu deren Übernahme die Schweiz als Schengen-Mitglied verpflichtet ist. Damit tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft – es sei denn, der Gemischte Ausschuss würde innerhalb von 90 Tagen einstimmig etwas anderes beschliessen. Wird keine Lösung gefunden, endet das Abkommen nach Ablauf weiterer drei Monate automatisch. Das ist im Abkommen explizit so geregelt. Wer darauf spekuliert, dass in dieser kurzen Zeit eine Lösung gefunden werden kann, spielt mit dem Feuer. Die Schweiz müsste mit schwerwiegenden Konsequenzen leben.

Mit dem Verlust der Schengen-Mitgliedschaft fielen übrigens auch das Dublin-Abkommen weg. Ohne das Dublin-Abkommen müsste die Schweiz für alle Ankommenden ein Asylverfahren durchführen, also auch für all diejenigen, deren Asylgesuch bereits in einem anderen Dublin-Staat geprüft und abgelehnt wurde. Es ist unschwer zu erkennen, was die Folge wäre: ein starker Anstieg bei den Asylgesuchen.

Thierry Burkart, Parteipräsident und Ständerat AG

Mit einem Nein zum revidierten Filmgesetz entscheiden die Konsumenten, welche Filme sie sehen wollen. Foto: iStock/evgenyatamanenko



Schauen, was uns gefällt – ganz ohne Filmquote

Nein zum revidierten Filmgesetz

Das revidierte Filmgesetz beschneidet die Wahlfreiheit des Publikums und verknurrt die Anbieter zu einer sachfremden Filmsteuer.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur Vorlage und zeigen auf, weshalb es am 15. Mai ein Nein braucht.

Zahlreiche Jungfreisinnige haben im vergangenen Winter der Kälte getrotzt und Unterschriften gegen die Revision des Filmgesetzes (Lex Netflix) gesammelt. Schliesslich wurden rund 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Ein grosser Erfolg, wenn man bedenkt, dass das revidierte Filmgesetz im Parlament noch mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Dank dem Einsatz der Jungfreisinnigen und weiterer Jungparteien hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Chance, das missratene Filmgesetz am 15. Mai 2022 an der Urne zu versenken.

«Die Freiheit der Konsumenten fällt einer sinnlosen Quote zum Opfer.»

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Was will das Gesetz?

Die Revision verpflichtet ausländische wie inländische Streamingdienste wie oneplus, Netflix oder Disney+, ihre Filmkataloge mit mindestens 30 Prozent europäischen Werken zu bestücken. Weiter besteht neu auch eine Meldepflicht für bezahlte Abrufe von Filmen sowie die Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen an Schweizer Filmschaffende.

Was bedeutet das?

Streamingdienste müssen aufgrund der 30-Prozent-Quote für europäische Werke ihre Filmkataloge anpassen – entgegen der eigentlichen Konsumentennachfrage. Die europäischen Werke müssen keinerlei Qualitätsvorgaben erfüllen. Damit fällt die Freiheit von uns Konsumierenden, zu schauen, was uns gefällt, ohne Not einer sinnlosen Quote zum Opfer. Dazu kommt die Filmsteuer von vier Prozent, die schlussendlich von uns Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden muss.

Was will die FDP?

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich an der DV vom 12. Februar klar für ein Nein zum revidierten Filmgesetz ausgesprochen, weil es ein krasser Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist und das Publikum bevormundet. Wer ein Abo eines Streaminganbieters bezahlt, dem soll nicht mittels Quote vorgeschrieben werden, was er zu schauen hat. Zudem ist die Vorlage ein gefährlicher Präzedenzfall. Mit dem neuen Filmgesetz werden private Unternehmen erstmals gezwungen, eine bestimmte Branche mit ihren Bruttoeinnahmen zu subventionieren. Das ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Es droht die grosse Gefahr, dass künftig auch andere Akteure (zum Beispiel Spotify oder Apple Music) gezwungen werden, mindestens 30 Prozent europäische Inhalte anzubieten.

Wie geht es dem Schweizer Film?

Der Schweizer Filmbranche geht es auch bei einem Nein zum Filmgesetz ganz vorzüglich. Jährlich fliessen rund 150 Millionen Franken von Bund, Kantonen und Stiftungen in die Förderung des Schweizer Films. Darin inbegriffen sind 32 Millionen Franken, die direkt von der SRG stammen. Diese Förderung bleibt auch bei einem Nein zum Filmgesetz bestehen. Auch ohne Quote und Filmsteuer ist der Schweizer Film zu Publikumserfolgen fähig. Die Verfilmung von «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» wurde von Netflix ins Programm aufgenommen. Nicht weil es ein Gesetz befohlen hat, sondern weil der Film beim Publikum auf Anklang stösst.

Abstimmung

Das neue Transplantationsgesetz soll die Organspenderate in der Schweiz erhöhen.

Foto: iStock/vchal



Ein Herz für die Organspende

Ja zum Transplantationsgesetz

Die Organspenderate in der Schweiz ist zu tief. Das neue Organtransplantationsgesetz kann dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane sterben.

Im letzten Jahr warteten in der Schweiz 1434 Personen auf ein Spenderorgan. Jede Woche starben ein bis zwei Personen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zudem sehr tief. Auch der 2013 lancierte Aktionsplan des Bundes, durch welchen die Spenderate massgeblich gesteigert werden sollte, hat zu wenig gebracht. Dass Handlungsbedarf besteht, ist somit unbestritten.

Das Parlament hat vor diesem Hintergrund das Transplantationsgesetz revidiert und sich für einen Systemwechsel entschieden: Heute muss, wer nach dem Tod seine Organe spenden will, dem zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmen und diesen Entscheid auf einem Spenderausweis oder im nationalen Organspenderegister festhalten. Man bezeichnet dies als «Zustimmungslösung». Neu sollen nun Personen, die ihre Organe nach ihrem Tod nicht spenden möchten, dies explizit festhalten müssen. Man geht damit zur sogenannten «Widerspruchslösung» über.

Bevölkerung ist positiv eingestellt

Diese Regelung gilt bereits in den meisten europäischen Ländern, und es zeigt sich, dass die Or-

ganspenderaten dort deutlich höher sind. Auch für die Schweiz ist dies der richtige Weg. Aus Umfragen ist nämlich bekannt, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Dies dokumentiert haben jedoch nur wenige; 2017 hatten nur rund 16 Prozent der Befragten eine Spenderkarte ausgefüllt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel auch in der Schweiz mehr Organe transplantiert werden könnten.

Auch mit dem neuen Gesetz wird es keinen Automatismus geben. Ist im Falle des Todes eines Menschen sein Wille nicht bekannt, weil er diesen nicht dokumentiert hat, werden seine nächsten Angehörigen befragt, ob sie seinen Willen kennen. Sie können der Organentnahme widersprechen, wenn sie der Meinung sind, dass dies dem Willen des Verstorbenen entsprochen hätte. Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, ist die Organspende unzulässig.

Sorgfältige Prüfung

Am Prozess der Organtransplantation ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Es gelten weiterhin die gleichen Regeln zum Beispiel in Bezug auf die Feststellung des Todes einer Person. Insbesondere

müssen zwei Ärztinnen oder Ärzte, die nicht zum Transplantationsteam gehören, den Tod unabhängig voneinander feststellen. Dies erfolgt in einem Spital auf der Intensivstation. Die absurde Behauptung der Gegner des Gesetzes, Unfallopfern könnten noch auf der Unfallstelle – mithin auf der Strasse – nun sämtliche Organe entnommen werden, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

Hingegen ergibt sich durch die neue Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Angehörigen eines Verstorbenen, dies zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen die Widerspruchsregelung gilt. Sie müssen in einer ohnehin sehr belastenden Situation nicht zusätzlich einen schwierigen Entscheid anstelle des Verstorbenen fällen. Vielmehr können sie davon ausgehen, dass er ihnen gegenüber die Ablehnung einer Organspende zu Lebzeiten geäußert hätte. Dass eine umfassende Information der Bevölkerung über das neue Konzept nötig ist, ist selbstverständlich und auch so vorgesehen.

Das neue Transplantationsgesetz kann somit dazu beitragen, dass auch in der Schweiz mehr Organe gespendet werden und mehr Leben gerettet werden können. Und bedenken wir: Das Risiko, selbst auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, ist sechsmal höher als selbst zum Spender zu werden. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum neuen Gesetz.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Mit eigenständigen und konstruktiven Vorschlägen ist die FDP für kommende Wahlen gut aufgestellt.

Foto: iStock/Anton_Sokolov



Der Weg stimmt

Jetzt den Schwung mitnehmen

Im Kanton Basel-Landschaft haben die Vorarbeiten für die kantonalen Wahlen Anfang 2023 begonnen. Der Baselbieter Jungfreisinnige Sebastian Binggeli zeigt auf, wie liberale Lösungen zum Erfolg führen können.

Im Februar 2023 sind im Kanton Basel-Landschaft Landratswahlen und im Herbst 2023 folgen die nationalen Wahlen. Dieser zeitliche Horizont bietet Anlass, die aktuellen politischen Gegebenheiten und Entwicklungen zu betrachten. Dies ist insbesondere interessant im Kontext der Frage, warum liberale Impulse und somit die FDP als liberale Taktgeberin aktuell besonders gefragt sind und dies auch in absehbarer Zukunft sein sollen.

Beachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Kantons- und Kommunalwahlen, lässt sich durchaus ein positiver Trend zugunsten der FDP erkennen und auch momentane Themenkonjunktur verlangt nach liberalen Ansätzen.

Erkenntnisse aus den letzten Wahlen mitnehmen

Bei den letzten Wahlen liessen sich einige bemerkenswerte Tendenzen beobachten. Hierzu punktgenau passend ist ein Zitat von Markus Somm, geäussert am letzten Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz: «Die SP und die SVP sind die grossen Parteien von gestern.» Die SVP profitiert noch vom Proporz, verliert aber laufend Wahlen. Wie keine andere Partei hat sie sich mit ihren Positionen zur Corona-Politik und aktuell zum Krieg in der Uk-

raine verrannt und lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen.

Auch auf der linken Seite des Spektrums tut sich einiges: Die SP verliert am Laufmeter Wahlen und Sitze; insbesondere an die Grünen. Diese Entwicklung ist aufgrund der Aktualität der Umwelt- und Klimaschutzthemen nachvollziehbar. Doch hat die SP auch inhaltlich und intern an Breite verloren. Spätestens unter dem aktuellen Führungsduo sind sozialliberale Positionen marginalisiert. Die SP erzielt höchstens noch Erfolge bei Referenden.

Auch lässt sich bei den Ergebnissen der Grossratswahlen im Kanton Bern eine weitere Beobachtung machen: Das linke Lager verliert insgesamt. Davon profitiert die GLP, welche seit ihrer Gründung laufend nach links wandert. Somit ist es nicht zwingend die FDP, die auf Kosten der GLP verliert. Ganz im Gegenteil bieten sich durch das Abdriften der SVP und das Konkurrieren der GLP mit dem linken Lager neue Spielräume, welche es zu nutzen gilt.

Wichtige Themengebiete kantonal behandeln

Auch die FDP Baselland profiliert sich mit eigenen



Sebastian Binggeli trifft Bundespräsident Ignazio Cassis anlässlich einer Delegiertenversammlung.

Ideen. So hat die Landratsfraktion das Vorstoss-paket «Fit für die Zukunft BL» lanciert: eine Zusammenstellung an Postulaten und Motionen für einen wettbewerbsfähigeren Kanton. Auch in der Energiepolitik ist die Partei nicht untätig. Themen wie die künftige Energiespeicherung und die Nutzung von Wasserstoff sind in Behandlung und erfolgreich überwiesen wurden Vorstösse zur definitiven Hürdensenkung für die Nutzung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarenergie. Insbesondere Letzteres könnte auch ein spannendes Thema für andere Kantone sein.

Voraussetzungen nutzen

Als junges, aktives FDP-Mitglied und insbesondere als Kandidat bei den kantonalen Wahlen in Baselland ist es mir ein Anliegen, dass die beschriebenen Entwicklungen anhalten, eingeschlagene Richtungen weiterverfolgt werden und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die FDP verfügt über gute Voraussetzungen für Wahlerfolge, die es zu nutzen gilt.

Sebastian Binggeli, Bachelor-Mentee

FDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Oberwil BL und Delegierter FDP Schweiz



Die FDP zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf eine Erweiterung des Verhandlungspakets. Der sektoriellen Optik in einzelnen Themenfeldern soll die dynamische Rechtsübernahme zugrunde liegen, bei welcher die vitalen Interessen der Schweiz durch Schutzklauseln ausgeklammert werden können.

Im Herzen des europäischen Kontinents gelegen, teilt die Schweiz die europäische Geschichte, die Kultur und die Wertvorstellungen. Die FDP will darum auch in Zukunft eine geregelte Kooperation mit der EU und einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt. Das Erfolgsmodell der bilateralen Verträge mit der EU muss weitgeführt werden, denn sie erleichtern nicht nur den tagtäglichen Handel mit unseren wichtigsten Handelspartnern, sondern sind auch ein bedeutender Faktor unserer Standortattraktivität.

Die Europapolitik der FDP basiert auf folgenden drei Hauptzielen:

1. Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt).
2. Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich in den Bereichen Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom usw.
3. Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, um einen diskriminierungsfreien und ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern.

Erweiterung des Verhandlungspakets (Bilaterale III)

Aus Sicht der FDP gilt es nun, ein neues Verhand-

lungspaket (Bilaterale III), angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen, zu schnüren. Durch die Vergrößerung der Verhandlungsmasse erhalten beide Seiten mehr Handlungsspielraum. Die Verhandlungen der einzelnen Dossiers sollen durch eine Bündelung so ausgestaltet werden, dass die gegenseitigen Interessen ausgeglichen sind. Die Erweiterung zu einem Verhandlungspaket soll eine breite Akzeptanz ermöglichen.

Sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen

Weil der horizontale Lösungsansatz mit einem Rahmenabkommen zu keiner Lösung geführt hat, schlägt die FDP eine sektorielle Optik vor. Konkret bedeutet dies, dass sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen gesucht werden. Das Grundmodul ist dabei immer gleich aufgebaut: Es beinhaltet die Frage der Dynamisierung sowie der Streitbeilegung, unter der Wahrung der direkt-demokratischen Rechte. Dieser sektorielle Ansatz erlaubt es, in den einzelnen Themenbereichen – je nach Interessenlage – Sonderregeln durch Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten vorzusehen. Denn die Interessenlage bei der Personenfreizügigkeit ist anders als bei einem Gesundheitsabkommen.

Dynamische, aber nicht automatische Rechtsübernahme

Um Rechtssicherheit zu schaffen, spricht sich die FDP für die dynamische Rechtsübernahme aus, unter Wahrung der direkt-demokratischen Prozesse der Schweiz. Im Gegenzug zur erhöhten Rechtssicherheit der EU soll die Schweiz ein Mitwirkungsrecht erhalten, mit dem sie bei der Entstehung neuer Richtlinien beteiligt ist.

Zweistufige Streitbeilegung

Für den Fall, dass zwischen der Schweiz und der EU keine Einigkeit über die Umsetzung eines bestimmten Abkommens besteht, muss ein Streit-schlichtungsmechanismus vorgesehen werden. Sowohl die Schweiz als auch die EU sind ihm genau gleich zu unterstellen. Die FDP schlägt hierzu ein zweistufiges Vorgehen vor: In der ersten Phase würde der zuständige Gemischte Ausschuss über die Differenz beraten. Wird hierbei keine Einigung gefunden, ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen. Dieses würde prüfen, ob die zu implementierenden Ausgleichsmassnahmen angemessen sind.

Beiträge der Schweiz

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zahlt die Schweiz bereits heute diverse Beiträge an die EU (z.B. bei Frontex, Kohäsionsbeitrag). Die FDP ist im Rahmen eines gesamten Verhandlungspakets im Grundsatz bereit, weiterhin Beiträge an die EU und ihre Mitgliedsländer zu leisten, insbesondere wenn dadurch vitale Interessen der Schweiz durch Opting-outs beziehungsweise Schutzklauseln geschützt werden. Sollte die EU Marktzutrittsabkommen nicht vollständig umsetzen, würde sich nebst einer wechselseitigen Ausgleichsmassnahme auch die Reduktion des entsprechenden Beitrags ergeben.

Die FDP ist überzeugt, mit dem erarbeiteten Europapapier einen konstruktiven Beitrag in diesem zentralen Dossier für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz zu leisten. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von der Fraktion, dem Parteivorstand und der Parteipräsidentenkonferenz gutgeheissen. Die abschliessende Beschlussfassung erfolgt durch die Delegierten der FDP Schweiz an der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt.

QR-Code scannen
und das ganze
Europapapier lesen.



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Revision des Filmgesetzes



JA

Frontex-Schengen



JA

Revision Transplantationsgesetz

AGENDA

25. Juni 2022, Andermatt
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Einladung zum Fachreferat

«Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?»



Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

- > **Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich**, «Widder Hotel», Rennweg 7, 8001 Zürich
- > **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat**, Eintritt frei. Keine Anmeldung notwendig.



KOLUMNE

Freisinniger Tag der Arbeit



Der 1. Mai steht vor der Tür und wir sollten den «Tag der Arbeit» nicht länger ignorieren. Der Feiertag ist traditionell linkes Terrain, doch auch die Bürgerlichen sollten sich nicht verstecken. Für sie bedeutet Arbeit nicht einen Kampf wie bei der Linken, sondern ist vielmehr ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und Unabhängigkeit für alle.

Im Jahr 1886 bildete ein Streik für die Forderung nach einem Achtstundentag die Grundlage für den Tag der Arbeit am 1. Mai. Die Bemühungen für verbesserte Arbeitsbedingungen wurden in der Folge von der Linken aufgenommen. Wenn wir die linken Parteien von heute betrachten, die gegen alles kämpfen, was überhaupt nach Arbeit aussieht, scheinen die ursprünglichen Bemühungen weit weg. Was damals ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war, ist heute ein Kampf gegen die Arbeit selbst.

Wenn es heute darum geht, besser und nicht unbedingt weniger zu arbeiten, muss die FDP die erste Wahl sein. Die FDP ist die Partei der Innovation und der Digitalisierung. Wir sind die einzige Partei, die das Gentech-Moratorium offen bekämpft und die führende Kraft bei der Entwicklung des 5G-Netzes. Die FDP verkörpert Unternehmertum: Offenheit, Mut und Ehrgeiz. Dabei geht es nicht darum, Erfolge zu sammeln und sich darauf auszuruhen, sondern einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Stagnation bedeutet Rückschritt und etwas zu wagen, bedeutet Fortschritt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag der Arbeit!

Johanna Gapany
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

FDP

Die Liberalen

Keine Experimente mit unserer Sicherheit.

Am 15. Mai

**Frontex-
Schengen**

frontex-schengen-ja.ch

ja